

# Untersuchungsbericht sorgt für Streit

**Landratsdebatte um Spielgeld-Affäre** Der ehemalige Präsident der Geschäftsprüfungskommission kritisiert deren Bericht über die «Spielgeld-Affäre» scharf. Eine Mehrheit im Landrat stellt sich hinter das Aufsichtsorgan.

Sebastian Schanzer

Selbst an ihrem 53. Geburtstag blieb der Vorsteherin der Baselbieter Sicherheitsdirektion Kathrin Schweizer (SP) eine ausgedehnte Landratsdebatte um die Diegter Spielgeld-Affäre nicht erspart. Die landrätliche Geschäftsprüfungskommission (GPK) stellte sich in ihrem Bericht hinter die Polizei. Dort hiess es: Bei den Ermittlungen gegen einen 8-jährigen Buben aus Diegten sei kein unangemessenes Vorgehen zu erkennen.

SVP-Landrat Hanspeter Weibel sah das anders. Ausgerechnet der ehemalige GPK-Präsident kritisierte den Bericht in zahlreichen Punkten und resümierte nach der Landratsdebatte vom Donnerstag: «Die Polizei ist in diesem Fall eindeutig unverhältnismässig vorgegangen. Dass dies von der GPK toleriert wird, stösst mir sauer auf.»

**Landrat**  
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Weibels schärfste Kritik an der Arbeit der GPK: Aus dem Untersuchungsbericht von Andreas Donatsch, der die Vorgänge aus juristischer Sicht bewertet hatte, gehe hervor, dass es sich beim ermittelnden Polizisten um den Partner jener Volg-Angestellten gehandelt habe, die vor zwei Jahren das falsche Geld vom Buben entgegengestreckt bekommen habe. Dieser Polizist habe am Tag nach dem Vorfall seinen Kolleginnen und Kollegen erklärt, den Fall allein zu übernehmen. «Dass der Polizist also möglicherweise



Hanspeter Weibel kritisiert den Bericht der GPK im Landrat scharf. Seine Empörung teilen nur wenige Ratskollegen. Foto: Dominik Plüss

befangen war und die Ermittlungen einfach an sich riss, hätte von der GPK zwingend untersucht werden müssen», so Weibel. Diese Arbeit stehe nun aber anderen bevor, fügte er hinzu und dürfte damit die Baselbieter Staatsanwaltschaft gemeint haben.

Weibel stellte die von Donatsch und der GPK attestierte Verhältnismässigkeit der Ermittlungen in seinem langen Votum deutlich infrage: Der Bub sei mit seinen acht Jahren strafunmündig gewesen, die Untersuchung hätte folglich direkt dem Jugenddienst der Polizei übergeben werden müssen. Auch habe der Bub keineswegs versucht, die Verkäuferin mit den Geldnoten zu täuschen. Er habe lediglich gefragt, ob er damit bezahlen könne. «Ihm einen Tatvorsatz zu unterstellen, geht zu weit.» Die Verkäuferin habe ferner sofort erkannt, dass es sich nicht um echtes Geld handle. Eine Verwechslungsgefahr, wie sie als Voraussetzung für die Ermittlungen geltend gemacht worden sei, habe also nicht bestanden.

## Linke verlassen den Saal

Weibels Empörung teilten im Rat nur wenige. Zahlreiche Vertreter der linken Seite verliessen während dessen Ausführungen demonstrativ den Landratssaal. SVP-Landrätin Susanne Strub zeigte sich danach in ihrem Votum erschüttert ob dieses «Mangels an Respekt und Anstand». Urs Kaufmann (SP) konterte: «Ihr habt dieses Thema absichtlich aufgebauscht und wollt es nun weiter hochkochen, nur um unsere Regierungsrätin Kathrin Schweizer anzugreifen. Der betroffenen Familie hat es jeden-

## «Besser den Saal verlassen als die Fassung verlieren.»

### Andrea Heger (EVP)

Die Landrätin verteidigt die Reaktion der Linken auf Weibels Verbalattacke.

falls nichts genützt.» Und auch Andrea Heger (EVP) zeigte Verständnis für die Gescholtenen: «Besser den Saal verlassen als die Fassung verlieren», sagte sie und warf Weibel wegen seiner vermeintlichen Enthüllungen James-Bond-Allüren vor.

### SVP-Fraktion gespalten

Strub hingegen betonte, es sei ihr immer um das Wohl des Kindes gegangen, und kritisierte, dass die GPK in ihrer Untersuchung nie mit der betroffenen Familie gesprochen habe. Der Bericht sei folglich einseitig, was ihr Parteikollege und jetziger GPK-Präsident Florian Spiegel zurückwies. Es handle sich um eine politische Untersuchung. Die Anhörung der Familie sei deshalb als unnötig erachtet worden.

Der GPK-Bericht wurde letztlich mit einer deutlichen Mehrheit von 68 zu 9 Stimmen abgesegnet. Die SVP-Fraktion stand also keineswegs geschlossen hinter den Hauptkritikern Weibel und Strub. Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer äusserte sich nicht zur Debatte. In drei Monaten muss die Regierung eine Stellungnahme zu den Empfehlungen aus dem Bericht abgeben. Danach dürfte die Spielgeld-Affäre abgeschlossen sein.

## Keine Variante zur Planung der Rheinstrasse

**Muttenz und Pratteln** Der Baselbieter Landrat hat fast drei Millionen Franken für die Projektierung der Umgestaltung der Rheinfelder- und Rheinstrasse in Pratteln und Muttenz bewilligt. Dabei hat er 250'000 Franken gestrichen, die für die Planung von Varianten gedacht waren. Die Rheinfelderstrasse und die Rheinstrasse in Muttenz und Pratteln sind kantonale Hauptverkehrsstrassen. Es sollen etwas breitere Spuren gebaut werden, die normgerecht sind.

Auf 48 Millionen Franken wird die Erneuerung geschätzt. In der Projektierung soll auch der Grundwasserschutz im Hardwald verbessert werden. «Den heutigen Zustand im Hardwald dürfte es eigentlich nicht geben», steht im Bericht. Schliesslich ist das Gebiet der Filter für das Trinkwasser, das aus dem Rhein gewonnen wird. «Bei einem Unfall würde das Abwasser direkt ins Grundwasser fliessen», so der Kommissionsprecher. Auch der Umstand, dass Lastwagen derzeit noch im Hardwald parkieren dürfen, soll durch eine andere Lösung ergänzt werden. Es gebe keine Absicherung der Strasse, hiess es im Bericht. Zudem sollen Velorouten auf dieser Hauptachse ausgebaut werden. (sda)

## Landrat stellt sich hinter Öl- und Gasheizungsverbot

**Klima-Debatte** Das Baselbieter Parlament nimmt den Energieplanungsbericht zur Kenntnis. Die Arbeit von Umweltdirektor Isaac Reber wird dennoch getadelt.

Mit der Verabschiedung des Energieplanungsberichts wollte der Baselbieter Umweltdirektor Isaac Reber (Grüne) den Umbau des kantonalen Energiesystems beschleunigen. Im Landrat führten seine Vorschläge – über 19 Massnahmen – zu einer langwierigen Debatte. Denn der Bericht ist umstritten: Die Bürgerlichen sehen darin gravierende Lücken. «Bezüglich der Energie steht viel zu wenig drin, viel eher handelt es sich um einen Klimabericht», monierte etwa SVP-Mann Andi Trüssel.

Zur Einordnung: Um das Ziel von netto null Emissionen bis 2050 zu erreichen, möchte die Regierung zuerst den Fokus auf die Gebäude und auf den Bestand an E-Fahrzeugen legen – ein Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen ist dabei die umstrittenste Massnahme. Diese und weitere Punkte des Berichts kann der Regierungsrat nicht in eigener Kompetenz umsetzen, weshalb er im Januar ein Vernehmlassungsverfahren einleitete: Gestern hat das Parlament beschlossen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Die FDP und die SVP kritisierten zuvor, dass der Kanton mit

seinen Vorschlägen in eine Strommangellage kommen werde. Wesentliche Kennzahlen des lokalen Energieverbrauchs und zum Bedarf würden fehlen. Beispielsweise müsste vermehrt auf Wasserstoffproduktion und Geothermie gesetzt werden, und der Bau von Kernkraftwerken dürfe nicht ausgeschlossen werden.

Tadel gab es jedoch nicht nur von rechts. Auch die linken Parteien stellten einige Mängel fest. Die SP hiess den Bericht zwar gut, fand aber, dass diese Massnahmen noch nicht genügten. Balint Csontos (Grüne) ergänzte, dass der Bericht «dem Ernst der Lage» nicht gerecht werde, auch

wenn er «die Katastrophe» anstattweise aufzeigen würde.

Sein Parteikollege Stephan Ackermann konkretisierte: «Es ist offensichtlich, dass die Massnahmen vor dem Krieg in der Ukraine erarbeitet worden sind.» Denn die Abhängigkeit von ausländischen Energielieferanten bedrohe Sicherheit und Wohlstand.

### Reber: «Lieber zu schnell, als zu langsam»

Zur Kritik der Bürgerlichen hatte Ackermann eine klare Haltung: «Wir nehmen konsterniert zur Kenntnis, dass der Wirtschaftskammerflügel den Bericht zurückzubinden versucht.»



Kann es selten allen recht machen: Isaac Reber. Foto: Dominik Plüss

Dem widersprach die SVP: «Wir können das Tempo, das die Regierung eingeschlagen hat, einfach nicht nachvollziehen», sagte Trüssel und werweisste: «Wieso müssen wir uns derart beeilen? Ich will niemandem etwas unterstellen, aber bald sind Regierungsratswahlen. Womöglich ist das ein Grund.» Reber, Vorsteher der Bau- und Umweltschutzdirektion, konterte: «Lieber ist man zu schnell als zu langsam.» Ausserdem sei der Regierung immer bewusst gewesen, dass sie in ihrem Bericht nicht alle Themen abhandeln könne. Man sei bereit, Anpassungen vorzunehmen, so der Grünen-Regierungsrat.

Während die SVP den Energieplanungsbericht ablehnen wollte, hatte die FDP für einen Kompromiss gewiebelt. Sie teile viele Kritikpunkte, habe dennoch «grossen Respekt» vor dem Bericht, so Robert Vogt. Die Fraktion beantragte, den Bericht in einer Ziffer zu ergänzen: Die Regierung solle beauftragt werden, innert sechs Monaten aufzuzeigen, wie die Stromversorgung sichergestellt werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Benjamin Wirth

Life&Style: Beauty

## Vergessen Sie Ihre Sonnenpflege nicht!



Jetzt im Frühsommer gehört der Sonnenschutz zum absoluten Pflichtprogramm – bei jedem Wetter. Während des ganzen Jahres. Vor allem aber jetzt im Frühsommer, wenn es uns bei jedem Sonnenstrahl an die frische Luft zieht, als ob uns dort Roger Federer persönlich frischen Kaffee servieren würde. Was im Grundsatz in Ordnung geht, solange wir uns vor UV-Strahlen schützen. Doch statt Sie mit Details zu überhäufen, gebe ich Ihnen lieber meine drei besten Tricks:

**Multitasker:** Eine Tagespflege mit integriertem Sonnenschutz (mindestens SPF 30 bitte schön – drunter geht nicht!) spart wertvolle Zeit am Morgen. Damit die Haut gut geschützt ist, sollte das Produkt frei nach dem Motto «klotzen statt kleckern» relativ grosszügig aufgetragen werden.



In Sachen Sonnenschutz gibt es einiges zu beachten. Foto: Unsplash

### Das Kleingedruckte lesen:

Wenn das Auftragen des Sonnenschutzes zum Verschmieren der Foundation führt und man in der Folge aussieht wie ein abstraktes Porträt von Picasso, dann liegt das gemäss den Profis an einem zu hohen Fettanteil in der Sonnenpflege. Vermeiden lässt sich ein solches «Schmierentheater» mit Produkten auf Wasserbasis, die man daran erkennt, dass «Aqua» zuoberst auf der Liste der Inhaltsstoffe steht.

### Probieren geht über studieren:

Waren die meisten Sonnenschutzprodukte bis vor nicht allzu langer Zeit derart fettig, dass man sich entscheiden musste zwischen «temporäre Speckschwarte auf zwei Beinen» oder «in Zukunft ein Gesicht wie der Gran Canyon», gibt es mittlerweile eine grosse Auswahl an Texturen für jeden Geschmack. Wer davon überfordert ist, lässt sich von Fachpersonen beraten und bittet im Zweifelsfall um Muster, um diese in aller Ruhe daheim zu testen. Echte Profis werden Ihnen gerne kleine Proben abfüllen, denn sie wissen: Die beste Sonnencreme ist jene, die man gerne benutzt.

Katrin Roth